- Begründung für das Einziehen des Artikels "Militarisierung..." Klaka 3/76
- Bericht zur Minderheitenfeststellung
- Diskussionbeitrag des Elin-Kollektivs zum Abtreibungsverbot

o Am Mittwoch, den 24.März 18h findet ein KL statt, wo gewisse notwendige Änderungen in der Anleitungsstruktur bekanntgegeben und beraten werden.

o Die Chile Solidaritätsveranstaltung des MIR, die von uns unterstützt wird, findet am 8.April 19.30h im Audi-Max der Universität Wien statt. Ab Dienstag, den 22.3. liegen im Lokal die Plakate auf. Der KB hat sich verpflichtet, 550 zu plakatieren. Aufteilung enstprechend dem üblichen Schlüssel.

o Am Dienstag, den 23.3. erscheint die Slowenen-Broschüre, voraussichtlicher Preis 5.-, über den Vertrieb erhältlich.

o Zum Zweck der Fortsetzung und Vertiefung der Diskussion über das Abtreibungsverbot in unseren Organisationen drucken wir in diesem RS einen Beitrag des Elin-Kollektivs ab. Meines Erachtens ist das sehrpositiv, die Diskussion in Richtung auf die Grundanschauungen des historischen Materialismus und die Erkenntnistheorie des Marxismus zu vertiefen. Jedoch muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, auch die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie mit genügender Sorgfalt zu betrieben, das aber ist im Elin-Papier nicht der Fall. Die "bürgerliche Ideologie" leugnet nicht die Existenz von Klassen, Klassenkampf, und Klassengesellschaft schlechthin, und "die bürgerlichen Ideologen" sind sich auch keinesfalls darüber einig, daß das "menschliche Wesen überhaupt nichts mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu tun hat", wie die Elin-Genossen meinen.

Die bürgerliche Ideologie ist nicht in der Weise wie hier angenommen wird ein geschlossenes Gebäude von Anschauungen, sie besteht aus den verschiedensten Spielarten und Zweigen, die im unterschiedlichsten Maß die gesellschaftliche Wirklichkeit erfassen. Die bürgerliche Moral ist nicht identisch mit der bürgerlichen Ideologie, sie ist lediglich ein Teil davon. Das Wesen dieser (christlichen) Moral, ihren Nutzen für die Bourgeoisie und ihre Unbrauchbarkeit für die Arbeiterklasse zu enthüllen, der Sklavenhaltermoral die Kampfmoral der Arbeiterklasse entgegenzustellen, das ist meines Erachtens eine wichtige Aufgabe des ideologischen Kampfes, auf die die Elin-Genossen hingewiesen haben. Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgabe ist aber eine sorgfältige Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie und nicht ihre pauschalierende (fälsche) Charakterisierung.

K.P.

Begründung für das Einziehen des Artikels "Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche " im März - Klassenkampf

1. Der Artikel behandelt die Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie und damit
   a) eine der für uns wichtigsten politischen Fragen der heutigen Zeit;
   b) eine der bedeutendsten Streitfragen der marxistisch - leninistischen Bewegung;
   c) zugleich eine der Fragen, die wir lange Zeit aufgund von Tendenzen des imperialistischen Ökonomismus vernachlässigt haben und in deren Umkreis wir bereits mehrmals arge Schnitzer gemacht haben;
   d) verschiedene Fragen, wie Landwehr usw., zu denen wir bisher überhaupt noch nie Stellung genommen haben, der Artikel das erste Mal gewesen und daher in diesem Fall unbedingt als Linie unserer Organisation erschienen wäre.

Es ist klar, daß wir uns in dieser Frage keinen falsche Artikel leisten können, und daß eine Kritik daran im nächsten "Klassenkampf", vier Wochen später, den Fehler nicht aufwiegen hätte können.

2. Die Frage der Landesverteidigung könnte nur so richtig gestellt werden, daß behandelt wird, wie die österr. Bourgeoisie ausgehend von der internationalen politischen Lage und von ihrer eigenen/Stellung/internationalen/ auf der Grundalge der Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen eine bestimmte Militärpolitik macht. Dem müßte entgegengehalten werden, was wir ausgehend von der internationalen Lage und der Stellung Österreichs auf der Grundlage der Verfolgung der Interessen des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker im allgemeinen, des Interesses des österreichischen Proletariats am Sturz der österreichischen Bourgeoisie im besonderen der Militärpolitik der Bourgeoisie politisch entgegensetzen. Nur so kann diese Frage richtig behandelt werden.

3. D r Artikel tut das nicht. Er hat vom Konzept und vom ganzen Inhalt her bereits keine richtige Grundlage und keinenrichtigen Ausgangspunkt. Die Charakterisierung der internationalen Stellung Österreichs ist wirr und widersprüchlich. Einmal ist es NATO- Vorposten, dann wieder verfolgt die österr. Bourgeoisie ihre eigenen Interessen gegen die Strategie der beiden Supermächte. Natürlich kann der Artikel auf solcher Grundlage keine richtige Einschätzung der Militätpolitik der Bourgeoisie, ihre Gründe, ihrers Sinns oder Unsinns usw. geben. Deren Darstellung besteht daher in einer Aufzählung verschiedener Maßnahmen ohne inneren Zusammenhang, dem das Resumé im letzten Absatz überhaupt nicht entspricht. Die Kritik an der Militärpolitik der Bourgeoisie rutscht ständig in ein kleinbürgerliches Fahrwasser ab. Statt ihr politisch entgegenzutreten, wird gejammert, daß sie dem Volk so teuer kommt und das alles militarisiert wird. Das ist imperialistischer Ökonomismus in Reinkultur. Das heißt die politik der Bourgeoisie überlassen. Daß es sich um einen kleinbürgerlichen Antimilitarismus handelt, der vor der waffenstrotzenden Bourgeoisie erstarrt, sieht man auch daran, daß überhaupt keine Aralyse wirklich vor sich gehender Tendenzen der Militarisierung vorgenommen wird, daß stattdessen die "Militarisierung aller gesellschaftlichen

Anschriften, stellvertretend für alle anderen Diskriminierungen zum Ausbruch kam.

Die heftigen Reaktionen der Staatsgewalt, polizeiliche Bespitzelung und Verfolgung"verdächtiger Elemente" und die Anklage gegen einen Teilnehmer an dieser Aktion konnte die Bewegung nicht zum Erlahmen bringen; im Gegenteil, die Aktionen wurden weitergeführt, erreichten ein Jahr später (1971) ihren Höhepunkt und zwangen schließlich die Regierung sich offen mit den Widersprüchen in Kärnten auseinanderzusetzen.

Die Reaktion der Regierung (SPÖ) bestand in dem Beschluß des sog.Ortstafelgesetzes (1972), das einereeits die Slowenischen Organisationen beruhigte, andererseits aber die chauvinistische Reaktion in spektakulärer Weise auf den Plan rief.
Unter Duldung aller Staatsorgane wurden die Ortstafeln von diesen organisierten Kräften wieder abgerissen. Diese Schlappe der Regierung brachte diese dazu, die alte Idee der Minderheitenfeststellung wieder aufzuwärmen. Diese Idee wiederum entfachte neuerlich den Widerstand der slowenischen Bevölkerung. Ab Mitte des Jahres 1973 orientierten sich 3 slowenische Jugend und Studentenorganisationen auf die Gründung eines Komitees für die Rechte der slowenischen Minderheit mit der Absicht, alle mobilisierbaren Kräfte gegen die geplante Zählung zusammenzuschließen.
Im Herbst 1973 beteiligten sich nahezu 2.500 Menschen an einer Demonstration gegen die Minderheitenfeststellung, der ersten nach über 20 Jahren.

Die Bourgeoisie reagierte auf dieses Anwachsen der Bewegung auf Landesebene im wesentlichen mit "Reformen"; eine neue Kärntner Verfassung wurde ausgearbeitet, die dem Volk mehr demokratische Rechte zugestehen sollte; auf Bundesebene betrieb die Regierung Verhandlungen voran, um alle bürgerlichen Parteien für ihren alten Vorschlag, die Zählung zu gewinnen.

Diese damalige Einigung der bürgerlichen Parteien führte zu einer Lösung der Slowenischen Organisationen von den einzelnen Parteien, an denen sie sich lange Zeit orientiert hatten (SPÖ,ÖVP), was bei den Gemeinderatswahlen 75 durch eine eigenständige Kand-idatur einer slowenischen Liste seinen Ausdruck fand (KEL)

Die Verschleppungstaktik der Regierung, die durch die Ausklammerung der Frage aus dem Nationalratswahlkampf und durch die wachsende Zuspitzung einer Reihe anderer Widersprüche, v.a. der Arbeitslosigkeit und der staatlichen Ausplünderung, überdeckt wurde, konnte nicht verhindern, daß bis heute die Bewegung gegen die geplante Zählung weiter an Kraft gewonnen und sich langsam aus der Beschränkung auf Kärnten auf das gedamte Bundesgebiet zu erstrecken beginnt.

Gerade die Entwicklung in den letzten Wochen zeigt, daß immer mehr Organisationen und Gruppen gewillt sind offen ihre Haltung gegen die geplanten Gesetze zum Ausdruck zu bringen.
Immer deutlicher bildet sich die Frontstellung zwischen dem Staat und den bürgerlichen Parteien, die sich auf die

Zählung geeinigt haben einerseits und den Kräften, die einen solchen weiteren Schritt der gewaltsamen Assimilierung der Minderheit ablehnen, andererseits heraus.

3. Die Lage der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die sich auf die MHF geeinigt haben

---Unter welchen Bedingungen erfolgte die Einigung?
Der Regierungspartei ist es durch ihr bisheriges Vorgehen nicht gelungen, den reaktionären Ch-arakter der kommenden Gesetze und Maßnahmen zu verbergen. Die entschiedensten Gegner der Regierung waren bisher die zentralen Slowenenorganisationen, die jede Lösung ablehnen, die nicht das gesamte Gebiet umfaßt in dem die Slowenen beheimatet sind, und das ohne jede vorherige Feststellung der Anzahl.
Durch ihren Widerstand und die reaktionäre Haltung aller Parteien (Parlamentsparteien) wurde in ganz Österreich der Widerstand, besonders gegen die Zählung als Grundlage für die Gewährung von Rechten geweckt: der kroatische Kulturverband stellte sich entschieden dagegen, katholische und protestantische Kreise, Hochschulassistenten, Journalisten führender bürgerlicher Zeitungen, die überwiegende Zahl der Studentenorganisationen, die KPÖ und nicht zuletzt auch die Marxisten-Leninisten Österreichs.

Besonders der SPÖ geht es jetzt darum, ganz schnell die Beschlußfassung der Gesetze über die Bühne zu bekommen, damit nicht ein noch größerer Protest entsteht. Dabei kam sie aber zwangsläufig in eine Situation, in der sie gezwungen ist, eine Lösung gemeinsam mit den anderen Parlamentsparteien zu beschließen.

Die letzte Einigung der bürgerlichen Parteien, daß sie versuchen werden, im März noch das Volkszählungsgesetz im Nationalrat zu beschließen, kann als Zwischenergebnis betrachtet werden, das der Bourgeoisie als starkes Druckmittel gegen alle Gegner ihrer Maßnahmen dienen soll. Mit der Beschließung des Volkszählungsgesetzes versucht die Bourgeoisie nicht nur im heutigen Streit um die Rechte der Slowenen das Volk vor vollendete Tatsachen zu stellen, sondern sie trifft dadurch auch eine Maßnahme, mit der sie in Zukunft wiederholt Zählungen durchführen kann, mit der sie beliebig oft ihre Spalterpolitik wiederholen kann.

---Worin besteht die Einigung der bürgerlichen Parteien?

- Die Einigung besteht darin, daß alle der Meinung sind, eine Zählung müsse unbedingt durchgeführt werden, d.h. das zweisprachige Gebiet, das überall von Slowenen bewohnt wird, - die Dichte ist unterschiedlich - wird in Gemeinden und Ortschaften eingeteilt, wo sie ihre Rechte bekommen werden und wo nicht. Über das Grundprinzip besteht also Einigkeit.

- Einigkeit erzielten sie auch darüber, daß im Volkszählungsgesetz (VZG) oder im Volksgruppenförderungsgesetz (VGG) formal die Rechte nicht von Zahlen abhängen dürfen. Das besonders aus außenpolitischen Erwägungen. Einigkeit auch darüber, daß das VZG mit dem VGG nicht in einer völkerrechtlich antastbaren Weise gekoppelt werden darf, da dies sonst offensichtlich dem Text des Staatsvertrages widersprechen würde. (Rechte abhängig von Zahlen) An einem aber offensichtlichen Zuwiderhandeln gegen den Staatsvertrag hat die österreichische Bourgeoisie kein Interesse, weil das nicht nur Jugoslawien ermöglichte, sich in die österreichischen Angelegenheiten einzumischen, sondern unter veränderten weltpolitischen Bedingungen auch anderen Unterzeichnermächten des Staatsvertrags die Möglichkeit gäbe, sich einzumischen.

  Die Einigung über die 25% als Grundlage für die Ortstafeln wird deswegen nur in den "erläuternden Bemerkungen" aufscheinen, - im Gesetz werden nur die Namen der betreffenden Orte und Gemeinden aufscheinen.

- Auch innenpolitisch würde eine offene Revision des Staatsvertrages unvermeidlich heftigen Widerstand hervorbringen, besonders aus den liberalen bürgerlichen Kreisen, da der Staatsvertrag doch als Dokument der garantierten Eigenstaatlichkeit angesehen wird.

  Auf dieser Grundlage, die formal dem Staatsvertrag nicht widerspricht, hat Kreisky mit Tito Gespräche geführt und offensichtlich eine grundsätzliche Einigung darüber erzielt, daß Jugoslawien seinen Protest in gemäßigten Bahnen halten wird, falls die Minderheitenregelung nicht direkt dem Staatsvertrag widersprechen würde.

---Worin bestehen die weiteren Schwierigkeiten für die bürgerlichen Parteien?

Besonders im Interesse der SP war es, durch eineumfassende Regelung des VZG (also nicht ausschließlich zugespitzt auf die Zählung und Gewährung von Rechten) den Anschein einer besonderen Maßnahme zu vermeiden. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß Kreisky die Zählung immer als "Orientierungshilfe" heraushob.

An dieser Frage kam es bisher zwischen der SP und VP/FP zu Differenzen, und wird es weiterhin kommen. Die FP und VP können nach jahrelangen Forderungen nach einer MHF nicht auf einmal ihre Meinung ändern (ihnen geht es darum, mit einer Zählung den Prozentsatz, alle Recht-e der Slowenen - Gerichte, Schulen, Ortstafeln, Ämter - möglichst weitgehend zu reduzieren). Kreisky macht das nur bei den Ortstafeln so und ist bei den anderen Fragen etwas "großzügiger".
Weil aber Kreisky eine gemeinsame Lösung mit VP und FP finden muß, blieb ihm nichts anderes übrig, als die Forderung nach Fixierung des Prozentsatzes für die Gewährung der Rechte vor einer Beschlußfassung anzunehmen. Als Grundlage für die Aufstellung der zweisprachigen Ortstafeln gelten nun 25% je Ortschaft.

Durch diese Einigung ging der Wunsch der SP nach einer "reinen" Orientierungshilfe flöten. Dadurch steigen die Möglichkeiten, den Charakter der Zählung herauszustreichen - als Kampf bei dem es um jede deutsche bzw. österreichische Stimme gaht. Es steigen auch die Möglichkeiten, aufzuzeigen, daß das VZG als Grundlage für das VGG dienen wird, zumindest aber, daß ihm das Prozentprinzip zugrundeliegt. Und dadurch fallen die Chancen der SP-Regierung, ihren Lösungsversuch als etwas demokratisches hinzustellen, denn im Zusammenhang mit dem VZG und VGG kommen sie unweigerlich auf die einschränkenden Bedingungen der Gleichheit (%) zu sprechen.

Außer diesen schwierigen Bedingungen auf seiten der bürgerlichen Parteien, müssen sie vor einer Beschließung des VZG noch einige Stellungnahmen der Begutachterorganisationen berücksichtigen, wovon derzeit folgende bekannt sind: (Laut Wochenpresse)

1. Die Rechtsanwaltskammer von Kärnten verlangt ein Ausführungsgesetz zum Staatsvertrag, "der aber nicht dahin verstanden werden dürfe, daß alle Gerichtsbezirke mit gemischtsprachiger Bevölkerung schlechthin betroffen sind, sondern 'nur jene Siedlungsgebiete, in denen eine Mindestquote einer sprachlichen Minderheit lebt'". (Wochenpresse 8/76)

2. Der Verwaltungsgerichtshofpräsident Leobenstein vertritt die Meinung, die zu treffenden Maßnahmen und die Quoten sollen vor einer Volkszählung festgelegt werden.

3. Ein Sektionschef Pahr (ein Verfassungsdienstler) ist wiederum gegen eine vorherige Fixierung der Prozentsätze, da die "minderheitenfeindlich" wäre.

4. Die Ablehnung der Slowenenorganisationen, die aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Zählung sind, werden sicherlich nicht mehr berücksichtigt werden. (sie sind dafür, daß die Rechte im gesamten Gebiet gewährt werden).

Zu einem Reibungspunkt könnte hier besonders der Pkt.1 werden.

Die Kärntner Rechtsanwälte wenden sich nämlich gegen jede Versteinerung der Sprachenzugehörigkeit - der Minderheitenschutz könne nicht auf historischen Gegebenheiten beruhen und für alle Zeit verkrusten, sondern bedürfe mit jeder neuen Volkszählung der Angleichung an die jeweilige Wirklichkeit."

Wie stehen die Chancen für die Verhinderung der Beschlußfassung des VZG?

Da sich der Widerstand gegen die Beschlußfassung des VZG bisher nur sehr zersplittert entwickelt hat, und unsere Aufklärungsarbeit und die Propagierung eines Kampfes gegen die Gesetze erst im Anlaufen ist, sind die Bedingungen für eine Beschlußfassung für die Regierung noch relativ gut.

Es ist zu erwarten, daß die Differenzen der Bürgerlichen noch kleinere Verzögerungen bringen werden, die wir alle agitato-

risch und propagandistisch ausnützen werden müssen, es sind aber wahrscheinlich nur solche von 1 bis 2 Wochen.

Auch die Differenzen mit Jugoslawien werden voraussichtlich keine Verzögerungen mehr bringen können, weil der vehemente Widerstand der jugoslawiechen Regierung faktisch zurückgedrängt ist. Das kann man aus folgenden Gründen erklären.
Die jugoslawische Regierung hat ein Interesse daran, daß die Kreisky-Regierung an der Macht bleibt - einerseits weil er den Weg geebnet hat für die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit (ca.15 bis 20 Kooperationsverträge abgeschlossen oder geplant). Diese Zusammenarbeit nützt beiden Staaten, weil sich beide seit 3 bis 4 Jahren verstärkt auf Märkte der 3.Welt orientieren. Andererseits hat sie Hoffnungen, daß bei einer weiteren SP-Regierung weniger Gastarbeiter nach Hause geschickt werden, als bei einer Koalition oder VP-Regierung.

Man muß sich auch vor Augen halten, daß in den letzten 3 bis4 Jahren in denen es um die Frage der Rechte der Slowenen ging, Jugoslawien immer eine extrem schwankende und uneinheitliche Politik gemacht hat. Das liegt daran, daß sie die Frage jeweils entsprechend den herrschenden Bedingungen aufgriff, diese Frage zu wenig mit allen anderen Fragen der Außenpolitik koordinierte.
Nach dem Treffen von Kreisky und Tito ist eine weitere diplomatische Intervention wegen der Slowenenfrage seitens Jugoslawiens nicht denkbar. (Bei derzeit gleichbleibenden Kurs von Kreisky).

Wenn es zu einer raschen Beschlußfassung des VZG kommen sollte, so bedeutet das noch immer nicht, daß die Zählung auf jeden Fall durchgeführt werden wird können. Die Durchführung des Gesetzes sollte im Herbst 1976 erfolgen, wegen technischen Gründen aber sehr wahrscheinlich erst im Frühjahr 1977. Dadurch steigen die Möglichkeiten bis dahin die Front gegen das VZG (für die Rücknahme) zu stärken und die Zählung zu verhindern.

Durch die Einigung der Parteien, ein Gesetz zur Volkszählung rasch zu beschließen, und durch die Beruhigung der Beziehungen zu Jugoslawien entwickel n sich die Widersprüche in dieser Frage vor den Augen aller immer mehr zu einem Widerspruch zwischen allen Gegnern und den Befürwortern der Minderheitenfeststellung und des VGG's.innerhalb Österreichs. Der Widerspruch zu Jugoslawien tritt mehr in den Hintergrund - was für die Klassenauseinandersetzung insofern günstig ist, als der spontane Blick nicht sofort nach Jugoslawien geht. Durch ein entschiedenes Eingreifen durch uns und durch einen richtigen Zusammenschluß aller Gegner der staatlichen Maßnahmen, kann auch relativ schnell der Eindruck verschwinden, daß es hier um eine reine Slowenenfrage geht, kann schnell die Frage der bürgerlichen und proletarischen Demokratie in den Vordergrund rücken.

Die Bourgeoisie setzt auf einen verstärkten Druck gegen das Volk und auf die Verwirrungstaktik:
Um die steigende Ablehnung gegen die geplanten Gesetze zu verwirren und zu täuschen und um den verlorenen Einfluß "wegen dem Zusammengehen mit den Deutschnationalen"wiedergut-

zumachen, setzt Kreisky derzeit verstärkt auf das VGG.und die damit verbundenen Maßnahmen.
Das VGG soll den Anschein einer Minderheitenförderung bekommen. Zu diesem Zweck spricht Kreisky von einem Kontaktkomitee in dem die Minderheiten ihre Vertreter sprechen lassen können, andererseits spricht der von baldiger materieller Hilfe und von Maßnahmen im pädagogischen Bereich, die noch vor einer Volkszählung eingeleitet werden können.

Dieser Verwirrungstaktik haben aber die Slowenenvertreter eine richtige Abfuhr erteilt, indem sie anläßlich einer Einladung ins Justizministerium feststellen, daß über Details von ihnen in einer solchen Situation wie heute nicht verhandelt wird.

Weiters bemüht sich die Bourgeoisie die Slowenenfrage als eine "kärntner" Frage zu behandeln. Das hat seinen Grund darin, daß sie in Kärnten selbst die größten Reserven für eine reaktionäre Lösung des Problems findet.
Gerade die jüngste Entwicklung aber zeigt, einerseits, daß ihr diese Beschränkung auf Kärnten selbst nicht bzw. nur schlecht gelungen ist, andererseits, daß die Bourgeoisie außerhalb Kärntens immer weniger Unterstützung findet. Daß sich das Kräfteverhältnis weiterhin zu-ungunsten der Bourgeoisie entwickelt, wird nicht zuletzt von der Arbeit der Kommunisten in ganz Österreich abhängen.

Kreisky plant, daß VGG mitte April zur Begutachtung auszuschicken um es "hoffentlich noch vor der Sommerpause beschließen zu können".
Vor der Begutachtung sollen noch die "Experten" der Parteien mit ihrem Entwurf zu den Vertretern der Slowenen gehen um sie unter Druck zu setzen und eine eventuelle Zusage zu erringen.

Der Druck auf die Slowenen ist derzeit die Hauptseite im Vorgehen der Bourgeoisie. Schon Im Februar hatte Landeshauptmann Wagner gedroht, daß bei einem Boykott der Zählung die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen als Grundlage für die Rechte herangezogen würden (es waren dies 6.130 Stimmen) - in dieselbe Richtung arbeitet der Kärntner Heimatdienst.
Nach den Gesprächen am 20.2. verstärkte sich der Druck aber auch von seiten der Bürgerlichen in ganz Österreich. LH Wagner betonte, er werde vor einer Beschlußfassung mit den Slowenen keine Gespräche mehr führen. Kreisky betonte dies auch. Andererseits versuchte Wagner den Eindruck zu erwecken, als wären die Funktionäre der Slowenenorganisationen derzeit nicht mehr in der Lage, einen Boykott der Zählung durchzuführen. Das soll besonders die unsicheren Slowenen treffen.
Diesen Drohungen schloß sich auch der "Kurier" an, der meinte, die Slowenen hätten schon längst den Zug versäumt und sollten sich nicht weiter gegen staatliche Maßnahmen sträuben. Besonders scharf war aber die Presse, die wie schon Kreisky hervorhob, den Slowenen sei es nie recht zu machen, und man gewinne den Eindruck als ob hier berufsmäßige Unruhestifter am Werk wären, deren Absicht es sei, noch stärkere Zusammenstöße zu provozieren als es sie 1972 gab.

Ähnliche Haltungen vertreten die VP und FP, nur mit dem kleinen Unterschied, daß+sich +sie+ zufrieden auf die Brust klopfen, in dem Bewußtsein, daß jetzt endlich eine 20jährige Forderung aus ihren Reihen erfüllt werde (Die VP ist der Meinung, das VGG könne erst nach einer Zählung in Angriff genommen werden: die Tiefe der Differenzen ist derzeit unklar). Diese Doppeltaktik bringt einerseits die Gefahr mit sich, daß sich einige Gegner von der Politik der SP-Regierung täuschen lassen und kompromißbereiter werden (etwa die SP-Studenten und andere Reformisten) und daß sie dann nur mehr gegen das VZG auftreten, gegen das VGG aber nicht.

Andererseits bringt aber das schärfere Vorgehen aller Parteien die Leute stärker in Widerspruch zu den bürgerlichen Parteien. Besonders trifft das auf die SP zu, die jahrelang hervorhob, daß sie nichts gegen den Willen der Minderheiten unternehmen werde, jetzt aber schroff gegen sie auftritt.

Gerade in den letzten Tagen ist ein Komitee hervorgetreten, das 300 Unterschriften von vielen bekannten SPlern aufweisen konnte, die sich gegen die Minderheitenfeststellung ausgesprochen haben.
Doch auch in ÖVP-Kreisen regen sich Haltungen gegen das Vorgehen der Parteien. Die Kath.Männerbewegung hat auf ihrer letzten Tagung in einer Resolution die geplante MHF eindeutig abgelehnt, ebenso die Kath.Jugend.

Angesichts der ideologischen Bedeutung der Frage der Minderheitenrechte und angesichts der sichtbaren Bewegung in den Massen ist es unsere Aufgabe, v.a. in der Arbeiterklasse, in den Betrieben und in den Gewerkschaftsgruppen unter der Arbeiterjugend und unter allen anderen Werktätigen für eine Ablehnung des geplanten Gesetzes einzutreten und sie für eine <u>aktive Ablehnung</u> zu gewinnen.
Die Grundlage für die Linie unseres Auftretens ist in den Klagenfurter Beschlüssen niedergelegt. Darüber hinaus notwendiges Material ist in der Broschüre des KB enthalten.

<u>DIE ABTREIBUNGSFRAGE IST EINE FRAGE DER IDEOLOGIE</u>

ELIN-KOLLEKTIV

In der Frage der Abtreibung wird in der letzten Zeit nur betont, daß und warum das Recht auf Abtreibung erkämpft werden muß. Dies ist der Hauptpunkt des Kampfes gegen den bürgerlichen Staat in dieser Frage und damit der Hauptinhalt unseres Angriffs auf die Bourgeoisie.
Aber um eine gute Agitation zu betreiben muß man das Problem genauer untersuchen, als dies bisher der Fall war. Nur wenn wir alle Seiten der Abtreibungsfrage untersuchen, werden wir wirklich eine feste Position dazu erarbeiten. Die Kritik der Red. an der Stellungnahme des Elin-Kollektivs ist dazu völlig ungeeignet, weil sie erstens nicht auf die von uns aufgeworfene Frage antwortet, zweitens selbst falsche Meinungen vertritt und drittens den Kampf um das Abtreibungsverbot völlig einseitig angeht. Um die Debatte aufzunehmen, versuchen wir unsere Position nochmals darzustellen.

1. Das Recht auf Abtreibung muß erkämpft werden

Die soziale Lage im Kapitalismus zwingt die Familien der Werktätigen unter bestimmten Umständen zur Abtreibung. Durch die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen in den letzten Jahren kommt der Frage erhöhte Bedeutung zu, worauf der Bericht von PFM (RS 340) und der WL-Bericht in RS 46 richtig hinweist. Der Kampf um dieses Recht "kann nur ein Kampf des Volkes gegen den Staat sein" (RS 40,S.7) insofern der Staat durch das Verbot der Abtreibung als direkter Gegner auftritt und die Straffreiheit der Abtreibung im Interesse aller Werktätigen ist. Weiters kann dieser Kampf von den Kommunisten nur revolutionär geführt werden (vgl.RS 40,S.10)

2. Die Kommunisten müssen für Straffreiheit der Abtreibung, aber gegen die Abtreibung sein.

Die wichtigsten Fragen, die sich in dieser Hinsicht stellen, sind ebenfalls im RS 40 (S.11) hinreichend geklärt worden. Abtreibung ist nicht gerechtfertigt als "sich wehren" gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen oder weil man den Kapitalisten keinen Nachwuchs zur Ausbeutung liefern soll. Sie ist ein letzter Ausweg in Zwangssituationen, in die die Werktätigen durch den Kapitalismus und im Kapitalismus kommen können. Entscheidend für unsere Haltung dazu ist tatsächlich der Optimismus in Hinsicht auf die gesellschaftliche Entwicklung. Wir können den Kampf um das Recht auf Abtreibung überhaupt nur führen als Teil des Kampfes um die Änderung des gesamten gesellschaftlichen Systems, mit dem die Notwendigkeit, sich dieses Rechts zu bedienen, verschwinden wird, weil die Ursachen der Zwangssituationen verschwinden, aus denen man heute Zuflucht zur Abtreibung sucht.

3. Nachdem die Redaktion in ihrer Kritik offenbar nicht verstanden hat, was wir kritisieren, muß betont werden:

weder gegen Punkt 1) noch gegen Punkt 2) lassen sich irgendwelche Äußerungen aus unserer Stellungnahme herauslesen bzw. in sie hineininterpretieren. Wir sind nur der Ansicht, daß die Haltung zur Abtreibungsfrage sich nicht in den beiden Punkten erschöpft, sondern darüber hinaus weitere wichtige ideologische Fragen brührt. Die Grundlage unserer ideologischen Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie ist der dialektische und historische Materialismus. Diese Waffe nicht anzuwenden ist ein Fehler, der zu Niederlagen führen muß, weil es auf ideologischem Gebiet nur zwei Wege gibt: den bürgerlichen und den proletarischen. Unser Kampf um die Straffreiheit der Abtreibung aber greift die bürgerliche Ideologie in einer ihrer Stützen an: in ihrem Prinzip des "menschlichen Lebens überhaupt", des "allgemein Menschlichen". Denn die bürgerliche Ideologie, die die Existenz von Klassen Klassenkampf und Klassengesellschaft leugnet, geht davon aus, daß alle Menschen im Grunde gleich seien, daß sie alle ein "menschliches Wesen" hätten, das sie von allem anderen, was existiert, unterscheidet. So verschieden auch die Inhalte sind, die die bürgerlichen Ideologen nun diesem menschlichen

Wesen geben (Vernunft, Bewußtsein, Seele usw.), so einig sind sie sich darüber, daß dieses Wesen überhaupt nichts mit der gesellschaftlichen Wriklichkeit zu tun hat - sonst gäbe es ja in einer widersprüchlichen Gesellschaftsform wie dem Kapitalismus auch widersprüchliche Wesen (2 Arten Bewußtsein, Seele..) Eines der Hauptprobleme der bürgerlichen Ideologen in dieser Hinischt ist daher, abzugrenzen, wo - im Allgemeinen, immer überall - dieses spezifisch menschliche beginnt: Nach der Geburt, vor der Geburt, wie lange vorher (beim "Zeugungsakt", bei der Befruchtung, nach 3, nach 6 Monaten usw.) Dieser Streit ist natürlich für die Werktätigen völlig uninteressant, weil sich die bürgerlichen Fachleute ohnehin einig sind in der Hauptsache, daß dieses "allgemein Menschliche" mit den wirklichen, lebendigen Menschen, mit ihren Gemeinsamkeiten und Widersprüchen untereinander nichts zu tun hat. Nicht uninteressant dagegen ist die Frage, ob es so etwas wie dieses "Wesen" wirklich gibt : immerhin beruft sich die Bourgeosie darauf auch, um die wirklich existierenden Widersprüche für "unwesentlich" erklären zu können (z.B. in der Frage der Gewahlt u.ähnl.)

Ganz anders sieht die Sache aus, wenn man sie vom Standpunkt der Kommunisten her angeht: Entscheidend für Gemeinsamkeiten und Unterschiede ist nicht ein von den Menschen unabhängiges Wesen, sondern ihre Stellung in der gesellschaftlichen Praxis.

"Man kann die Menschen durch das Bewußtsein, durch die Religion, durch was man sonst will, von den Tieren unterscheiden. Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu produzieren, ein Schritt der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist. Indem die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, produzieren sie indirekt ihr materielles Leben selbst....Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie." (MEW 3,21)

Dementsprechend gibt es für uns kein menschliches Wesen, das außer und über den wirklich lebenden Menschen festzustellen wäre. Dies wird auch im Bericht von PFM betont: "Das menschliche Leben unterscheidet sich vom Tierischen dadurch, daß der Mensch ein soziales Wesen ist (und daher kein "Wesen" hat, Anm.) und erst das bewußte Leben innerhalb der Gesellschaft als menschliches Leben bezeichnet werden kann." (RS 40, S.9)
Wenn man davon ausgeht, daß die überwiegende Mehrheit der Werktätigen in Österreich unter dem ideologischen Einfluß der Bourgeoisie steht, dann meinen wir, zahlt es sich aus, diese Frage richtig darzustellen. Denn obwohl viele Menschen im Kapitalismus gezwungen sind, den Entschluß zur Abtreibung zu fassen und damit das bestehende Verbot zu durchbrechen, greift die Aktion Leben an einem schwachen Punkt an: Wenn auch nicht gerade als Mord, so betrachten doch viele Menschen die Abtreibung als moralisch verwerflich. Hier gilt es nun genau zu zeigen, was richtig und was falsch ist. Falsch ist auf jeden Fall, die Abtreibung unter Verweis auf irgendwelche "menschliche" oder "Prinzipiellen" Wesensmerkmale des Fötus abzulehnen.

Richtig dagegen, die Ablehnung der Abtreibung von der Notwendigkeit her zu begründen, daß die Arbeiterklasse Nachwuchs braucht, um ihren Kampf erfolgreich zu führen. Die Begründung kann also nur eine politische sein, ausgehend von der für uns wesentlichen Trennung unserer Gesellschaft in Bourgeoisie und Proletariat, nicht von irgendwelchen moralischen Kategorien her. Gerade weil es sich um künftiges konkretes Leben von bestimmten wirklichen Menschen handelt, und nicht um irgendein "menschliches Wesen" entschließt sich auch eine Familie schwer zur Abtreibung.

4. In dieser Hinsischt erschien uns der Artikel unklar und die Kritik der Redaktion falsch. Natürlich ist es richtig, daß die Hauptfrage die des Rechts ist und nicht die des "Mords". Aber wie im Bericht von PFM scheint auch im Artikel die ideologische Auseinandersetzung zu kurz zu kommen und damit die bürgerliche Weltanschauung nicht bekämpft zu werden. Denn abgesehen davon, daß sich die betroffenen Familien diese Frage nicht leisten können, bleibt die Frage bestehen: Ist Abtreibung Mord oder nicht. Mit unserer Kritik wollten wir darauf hinweisen, daß zu dieser Frage offenbar eine Klärung nötig ist, denn in Berichten und Artikeln wird die Frage nicht behandelt, währenddie VRA offensichtlich die bürgerliche Ideologie übernimmt, indem man sich darauf einläßt, zu debattieren, ob menschliches Leben nach 3 oder 6 Monaten beginnt. Dagegen kann man nicht mit dem Argument der "zu großen finanziellen und psychischen Belastung" (Klaka 12/75, S.16) kämpfen, sondern muß klarstellen, daß es sich um eine Frage der einen oder anderen Weltanschauung handelt. Abtreibung kann nie Mord sein, solange man auf dem Boden der Wirklich keit bleibt, d.h. sie materialistisch untersucht.

Die Kritik der Redaktion ist auf unsere Fragestellung überhaupt nicht eingegangen. Sie bekämpft uns mit dem Verweis darauf, daß Kommunisten gegen die Abtreibung sein müssen. Das ist aber eine ganz andere Frage. Darüber hinaus ist sie der Meinung, die Entscheidung einer Arbeiterin über die Geburt eines Kindes sei eine Frage des "allgemein menschlichen Lebens". Das ist natürlich falsch, genau darum, weil es sich um ~~xxxx~~ die Entscheidung handelt, ob sich eine Familie, d.h. ob sich wirlich lebendige Menschen, die unter bestimmten Umständen ihr eigenes Leben erarbeiten müssen (und das unter sich ständig verschlechternden Bedingungen), einen weiteren Esser leisten können, genau darum wird in vielen Fällen die Abtreibung als einziger Ausweg gesehen - darum darum wird oft auch die Entscheidung getroffen, das Kind zu bekommen, und nicht aus irgendwelchen moralischen Bedenken, aus der Spekulation über "menschliches Leben". Die Betroffenen können sich die Frage ob es sich dabei um Mord handelt oder nicht, nicht mehr leisten, heißt nichts anderes als daß in Wirklichkeit in diesem Fall die bürgerliche Ideologie praktisch widerlegt. Das heißt keineswegs, daß man die Frage nicht beantworten soll, sondern daß die Wirklichkeit des Kapitalismus und die Möglichkeit gibt, diese Frage richtig zu beantworten. Wenn wir gegen die Abtreibung sind, so sicher nicht deswegen, weil sie Mord ist, sondern weil wir wissen, daß der Kapitalismus seinem Untergang entgegengeht und das umso schneller, je mehr und bessere Nachfolger der revolutionären Sache heranwachsen.

R.K. 10.3.76
i.A.des Elin-Kollektivs